

REDE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VALENTIN CHRIST
EBERHARD-KARLS-
UNIVERSITÄT TÜBINGEN

September 2011

www.kas.de/rom
www.kas.de/papstbesuch

„Wo Gott ist, da ist Zukunft“

GEWINNERBEITRAG ZUM KAS-WETTBEWERB „GHOST-WRITER FÜR DEN PAPST“

„Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, werte Abgeordneten, ich freue mich und bin dankbar, hier vor Ihnen in dieser zentralen politischen Institution der Bundesrepublik, meines Heimatlandes, sprechen zu dürfen und versichere Ihnen allen meine höchste Wertschätzung.“

Wie kaum ein anderes Parlament verkörpert der Deutsche Bundestag nicht nur eine maßgebliche politische Repräsentationsinstanz, sondern steht darüber hinaus für Werte und Errungenschaften, die beispielhaft für die gesamte Welt gesehen werden können. Lassen Sie mich in Kürze die wichtigsten nennen.

Nach der Schreckensherrschaft des nationalsozialistischen Regimes ist der Bundestag nun seit über 60 Jahren Symbol und Garant für innen- und außenpolitische Stabilität und Frieden. Angesichts der vergangenen Geschichte mit Kriegen, Leid und Elend ist das keine Selbstverständlichkeit und immer wieder der neuen Vergewisserung wert. Die friedvolle Zukunft Deutschlands, seine funktionierende Demokratie, ist aufs engste mit dem Bundestag verknüpft. Daneben ist Ihr Haus seit nun mehr als zwanzig Jahren zum Zeichen der Vereinigung zweier sich lange Zeit antagonistisch gegenüberstehender Systeme geworden. Die Einheit von Ost und West, die Vereinigung des deutschen Volkes, hat im Umzug des Bundestags nach Berlin einen sichtbaren, stabilen und dauerhaften Platz im Herzen der Bundesrepublik eingenommen.

Gleichwohl ist die Welt und mit ihr die Bundesrepublik innerhalb der letzten Jahre immer rapideren Veränderungsprozessen ausgesetzt, ich erinnere Sie an die Finanzkrise

2009 oder die jüngsten Umwälzungen der politischen Systeme im Vorderen Orient. Nicht nur jedoch sind politische Systeme weltweit einem stetigen Wandel ausgesetzt, die genannten Prozesse tätigen immer auch Wirkungen auf die in ihnen lebenden Menschen. An dieser Stelle möchte ich anknüpfen und aufzeigen, welche Rolle die Religionen im Allgemeinen und das Christentum im Speziellen für unsere heutige Welt, aber auch politische Entscheidungsinstanzen, spielen.

Die furchtbaren jüngsten Geschehnisse in Norwegen geben der Diskussion um das Verhältnis von Politik und Religion eine traurige Aktualität. Im Namen des Christentums wurden Menschen getötet, wurde unzähligen Freunden und Angehörigen unermessliches Leid zugefügt. Umso schwerer fällt es mir, hier einen Zusammenhang zum Leitmotiv meines Besuches – „Wo Gott ist, da ist Zukunft“ – herzustellen. Das Töten anderer Menschen lässt sich niemals im Rückverweis auf den Schöpfer legitimieren. Eine absolutistische und ideologisch motivierte Auslegung von Glaubensinhalten, die sich dem Zugang der Vernunft sperrt, stellt für alle Gesellschaften eine dauerhafte Gefahr dar. Hier zeigt sich, wie wichtig es ist, Religion und Ratio in ein wechselseitiges Ergänzungs- und Korrektivverhältnis zu bringen, dass nicht nur dem Einzelnen als persönliches Orientierungsraster dienen, sondern auch ein gemeinsam geteiltes Wertgerüst für den Staat als Gesamtes darstellen kann.

So gefährvoll eine unipolare Ausrichtung an vermeintlich theologisch fundierten Handlungslinien ist – das wurde im Übrigen nicht erst mit den schrecklichen Taten in Norwegen deutlich –, so defizitär kann auch ein

Handeln sein, das jeglicher ethischer Fundierung bar ist und seinen Endzweck in sich selbst oder dem einzeln Ausführenden sieht.

Ohne Zweifel hat nicht zuletzt die weltweite Finanzkrise gezeigt, wie wichtig Werte und Normen, gemeinsam geteilte Richtlinien für eine funktionierende Wirtschaftsordnung sind, hier sei auf die Enzyklika *caritas in veritate* verwiesen, in der ich diesbezügliche Überlegungen detailliert und differenziert dargelegt habe. Das Handeln jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft hat sich demgemäß immer auch an den Auswirkungen seines Handelns eben für die anderen Gesellschaftsmitglieder zu orientieren. Dies gilt nicht nur für das Wirtschaftssystem, sondern für jegliches menschliches Tun im Rahmen einer kollektiven Eingebundenheit.

Gerade Wirtschaftssysteme bewegen sich aber immer auch innerhalb eines politischen Ordnungsrahmens, sei dieser nur national oder multilateral organisiert. Damit kommt politischen Entscheidungsträgern wie Ihnen die fundamental wichtige Rolle zu, bei rahmensetzenden Entscheidungen immer das Wohl aller, also auch das der weniger Bemittelten und der Benachteiligten im Auge zu behalten. Der Fokus muss prinzipiell immer auf das Wohl *aller* Menschen gerichtet sein. Dieses Wohl lässt sich auf unterschiedlichsten Bereichen verorten, neben dem materiellen Lebensstandard wäre hier beispielsweise der Zugang zu Bildung zu erwähnen, der die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Teilhabe ermöglicht. Darüber hinaus spielen aber auch immaterielle Faktoren eine bedeutsame Rolle wie Sicherheit, Zuwendung, Verständnis und Respekt, die integrale Bestandteile der Würde eines jeden einzelnen Menschen darstellen.

Politische Entscheidungen bringen indes nicht nur selbst Rahmensetzungen hervor, sie selbst bewegen sich auch immer selbst innerhalb solcher Rahmen. Diese aber können niemals frei von Werten und Normen sein. Genau an diesem Punkt sehe ich die unverzichtbare Rolle der Religion. Nicht zuletzt erwächst das ethische Grundgerüst, auf dem das System der Bundesrepublik wurzelt, aus Prinzipien wie Subsidiarität, aber auch Ausgleich und Hilfe für den

Nächsten, die sich bereits in der katholischen Soziallehre finden.

Dennoch scheint mir in der westlichen Welt im Allgemeinen und in meinem Heimatland Deutschland im Besonderen die Rolle der Religion, des Christentums, in zunehmendem Maße prekär. Verfehlungen innerhalb der Kirche haben dieser enorme Vertrauensverluste eingebracht, was umso schwerer wiegt, als Kinder und Jugendliche wie deren Eltern in der Obhut kirchlicher Träger ein besonderes Maß an Sicherheit und Fürsorge erwarten durften. Die Katholische Kirche wird ihr Möglichstes tun, diesen Vergehen nachzugehen und den Opfern wie ihren Familien die größtmögliche Hilfe zukommen lassen. Abseits solcher Fälle scheint die Religion in Deutschland in den Augen vieler zusehends die Rolle eines zu marginalisierenden, lästigen Störenfriedes innezuhaben, der allenfalls noch bei explizit karitativen Themen zu Wort zu kommen hat, dessen Aussagen aber keinerlei Bindungswirkung besitzen oder zu besitzen haben. Der Atheismus scheint als Endpunkt der Entwicklung des öffentlichen Lebens, Religion wird zur reinen Privatsache. Diese bedauernswerte Ansicht wird indes vielen Teilen der Bevölkerung nicht gerecht, die in ihrer Religion Halt, Sinn und Wahrheit finden. Die prinzipielle Trennung von Staat und Religion, eine der zentralen Errungenschaften der westlichen Demokratien, darf nicht dazu führen, dass Religion zum bloßen Störfeuer verkommt. Denn dabei darf nicht vergessen werden, dass das Christentum den normgebenden Rahmen dieser Entwicklungen dargestellt hat und nach wie vor eine ethisch-moralische Richtschnur in der Hinsicht zu bilden hat, als sie jedes Mitglied der Gesellschaft als Teil der göttlichen Schöpfung betrachtet und dabei mit Werten versieht, die weit über eine utilitaristische Sicht als funktionierendes Glied in der Kette hinausgehen. Hier appelliere ich auch an die Vertreter beider großen christlichen Konfessionen, sich aktiv in gesellschaftliche Debatten einzubringen, beispielhaft sei hier an die Auseinandersetzung um den Schutz ungeborenen Lebens oder die Präimplantationsdiagnostik erinnert.

In der Tat kann nur da Zukunft sein, wo staatliche Handlungsträger nicht nur rationale Bewertungsfaktoren in ihren zu setzenden Ordnungsrahmen mit einfließen lassen, sondern auch Prinzipien, die diese Verunfumomente ergänzen. Solche ethischen Prinzipien speisen sich zu weiten Teilen aus einem religiösen Fundament göttlicher *veritas*, das damit unverzichtbarer Stützpfeiler des staatlichen Werte- und Normengerüstes ist. Die Soziale Marktwirtschaft, wohlfahrtstaatliche Prinzipien, soziale Sicherungssysteme haben in Deutschland eine feste Tradition und sind prägende Merkmale der Bundesrepublik, die somit genuine Werte der christlichen Soziallehre zu Staatsprinzipien erhoben hat. Damit steht die Bundesrepublik aber immer vor der neuen Aufgabe, diese Prinzipien zu verteidigen.

Die Einbindung Deutschlands in das multilaterale Gebilde der Europäischen Union ist seit nunmehr über 50 Jahren zur außenpolitischen Konstante geworden. Nicht nur lässt sich diese Europäische Integration als friedenstiftend und -sichernd bezeichnen, auch erwächst ein weiter Teil des gesellschaftlichen Wohlstands aus dem Handel mit benachbarten Ländern, die damit viel mehr als bloße Wirtschaftspartner darstellen. Gleichwohl steht eben dieses einmalige Gebilde *sui generis* vor der schwierigen Aufgabe, in Anbetracht der stetig wachsenden Einbindung weiterer Länder sowie der zunehmenden Übertragung politischer Kompetenzbereiche auf die multilaterale Ebene sich selbst ein basales Normgefüge als gemeinsam geteiltes Grundgerüst zu setzen. Angesichts der zahlreichen unterschiedlichen Gewachsenheiten der Länder, ihrer Rechtstraditionen, ihrer Wirtschaftssysteme, ist dies ein sicherlich höchst kompliziertes Unterfangen. Dennoch kann eine gemeinsame Basis, die von den Menschen Europas geteilt werden soll, sich niemals nur im rein Funktional-Technokratischen erschöpfen. Europa benötigt ebenso das ‚Mehr‘ einer religiösen Verankerung, die im Christentum ihre Wurzeln findet. Ohne dieses ethische Fundament kann die Europäische Union kein auf Dauer funktionierender Wirtschaftsraum sein, schon gar nicht aber ein Raum der Sicherheit, der Menschlichkeit und der gegenseitigen Unterstützung. Ein Staatengebilde,

das sich lediglich auf volks- oder betriebswirtschaftliche Prämissen stützt, kann keine belastbare Akzeptanz bei den ihm lebenden Menschen finden.

Die Prinzipien von Gerechtigkeit, gegenseitiger Unterstützung und Frieden dürfen indes nicht an den Grenzen des europäischen Kontinents Halt machen. Die zunehmende Asymmetrie zwischen der sogenannten westlichen Welt und der Peripherie, die protektionistischen Tendenzen und die Hoffnungslosigkeit vieler Menschen insbesondere in Afrika erfüllen mich mit großer Sorge. Wohlstand, der sich zu bestimmten Teilen aus dem Mangel anderer speist, kann kein dauerhafter Wohlstand sein. Auch und besonders hier muss ein Bewusstsein dafür geweckt werden, dass ein anhaltendes, friedliches Miteinander in der Welt nur durch eine globale Verteilungsgerechtigkeit bewerkstelligt werden kann. Diese darf allerdings nicht nur unter dem Aspekt der materiellen Distribution betrachtet werden. Vielmehr benötigen wir eine Sicht auf die Welt als Gemeinschaft, die jedem Menschen als von Gott geschaffenes Wesen die ihm zustehende Würde zubilligt. *Deus caritas est* – dieses göttliche Prinzip der Hoffnung und Liebe in seiner ganzen Bedeutungsvielfalt kann niemals auf einzelne Bereiche eingegrenzt sein, sondern muss seinen Verwirklichungsanspruch in weltumfassendem Maßstab finden. Es ist somit nicht nur Verheißung, sondern auch Verpflichtung und Verantwortung, und das für Sie als politische Entscheidungsträger in besonderem Maße. Eine global verwirklichte Nächstenliebe kann dabei nur von Dauer sein, wenn sie nicht hierarchisch, sondern auf Augenhöhe impliziert wird. Hier soll das Subsidiaritätsprinzip leitender Maßstab sein.

Angesichts der jüngsten bedrückenden Nachrichten von der zunehmenden Kinderlosigkeit des europäischen Kontinents im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen möchte ich hierzu noch wenige Worte verlieren. Ohne Zweifel kann und soll auch hier die göttliche Liebe, die sich nicht zuletzt in der Ehe zwischen Mann und Frau manifestiert, zum Orientierungspunkt werden, die dem zunehmenden individualistischen Hedonismus und der Reduktion des umfas-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

VALENTIN CHRIST

EBERHARD-KARLS-
UNIVERSITÄT TÜBINGEN

September 2011

www.kas.de/rom

www.kas.de/papstbesuch

senden Bedeutungsspektrums von Liebe auf austauschbare, empathielose Sexualität ein substantielles Korrektiv entgegenhält.

Jesus spricht seinen Jüngern gegenüber in Matthäus 19,13-15 davon, dass den Kindern „das Himmelreich gehört“, und in der Tat: *Wo Kinder sind, da ist Zukunft – wo Gott ist, da ist Zukunft*. Neben den fraglos notwenigen Rahmenbedingungen scheint mir jedoch eine Verengung der Debatte auf materielle Faktoren wenig zielführend. Notwendig sind vielmehr ein kollektiver Wertewandel und eine Abkehr von der Suche nach persönlicher Erfüllung in kurzfristiger individueller Bedürfnisbefriedigung. Die Katholische Kirche macht sich dabei nachhaltig stark für das Ideal der Familie als lebenspendender Einheit von Mann und Frau in Gott.

Sie, werte Abgeordneten, stehen vor der immer neuen Aufgabe, sich dieser zahlreichen Notwendigkeiten stets aufs Neue bewusst zu werden. Sie tragen ein hohes Maß an Verantwortung, nicht nur für sich und die Menschen, für die Sie Entscheidungen treffen, sondern auch vor Gott, aus dem Sie Hoffnung und Kraft schöpfen dürfen. Ich wünsche Ihnen viel Zuversicht und Stärke bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben und möchte Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit danken.

Ihnen allen wünsche ich Gottes Segen.

Bitte beachten Sie, dass es sich bei dieser Rede um einen Wettbewerbsbeitrag handelt. Es handelt sich dabei nicht um das Original der Rede, die Papst Benedikt XVI. am 23. September 2011 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hat. Hintergründe zu dem Wettbewerb erreichen Sie unter <http://www.kas.de/italien/de/publications/28809/>.